

Die Furcht vor TTIP

TRANSPARENZ Politiker und Bürger laufen Sturm gegen das Freihandelsabkommen mit den USA. Doch nicht alle Sorgen sind begründet.

Seit Juni 2013 laufen Verhandlungen zwischen der EU und den USA über die weitere Senkung der noch existierenden bilateralen Handelsbeschränkungen. In der öffentlichen Diskussion um die „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) bestimmen Furcht und Ablehnung das Bild. Fast eine halbe Million Menschen haben auf der Website campact.de für den Stopp der Verhandlungen über TTIP votiert. Der Deutsche Städtetag sieht durch TTIP die kommunale Daseinsvorsorge in Gefahr und Gregor Gysi gab zu Protokoll, dass ihn die Intransparenz der Verhandlungen an James Bond erinnere.

Die Bundesregierung scheint allein auf weiter Flur zu stehen, wenn sie von einem „Höchstmaß an Transparenz“ und „Neuem Schwung für Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ spricht. In anderen Ländern ist die Diskrepanz zwischen öffentlicher Wahrnehmung und offizieller Position ähnlich groß.

Was bewirkt TTIP? Derzeit kann das niemand abschließend beurteilen, schlicht, weil die Inhalte noch nicht klar sind. Die wenigen wissenschaftlichen Studien, die es dazu gibt, kommen mit Hilfe von Annahmen über die erreichbare Senkung der Handelsbarrieren zu zwar positiven, aber eher kleinen Wirkungen mit Blick auf

AUSSENANSICHT



PROF. DR. JÜRGEN JERGER

Der Autor ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationale und Monetäre Ökonomik sowie Direktor am Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg.

Wirtschaftsleistung und Beschäftigung. TTIP ist daher keine Schicksalsfrage, weil die Handelsbeziehungen zwischen EU und USA ohnehin schon intensiv sind.

Ein zentrales Argument der TTIP-Kritiker ist die vermeintlich mangelnde demokratische Legitimation. Fakt ist aber, dass in Europa die demokratisch gewählten Regierungschefs die EU-Kommission mit den Verhandlungen beauftragt haben. Das EU-Parlament hat dann über das Abkommen zu entscheiden, das von den Parlamenten ratifiziert werden muss. Soweit die in TTIP enthaltenen Themen absehbar sind, werden in Deutschland vermutlich sowohl Bundestag als auch Bundesrat darüber abstimmen. In den USA hat der Kongress das letzte Wort. Demokratieferne sieht anders aus.

Ein problematischer Aspekt von TTIP sind die „Investitionsschutzabkommen“, die bei Streitigkeiten zwischen ausländischen Unternehmen und Staaten ein schiedsgerichtliches Verfahren vorsehen. Wenn es kein funktionierendes Rechtssystem gibt,

kann dies durchaus eine Verbesserung sein. In der EU und den USA würden Schiedsgerichtsbarkeiten aber bewährte rechtsstaatliche Instrumente ohne Not unterlaufen. In der Folge beschneidet dies auch politische Handlungsspielräume, da jede politische Maßnahme auch Verlierer hat, die dann intransparente Rechtswege beschreiten könnten. Das sieht auch die Bundesregierung so. Die EU-Kommission hat nun ein Konsultationsverfahren zu diesem Thema in Gang gesetzt und so lange die Verhandlungen über TTIP auf Eis gelegt.

Die meiste öffentliche Aufmerksamkeit erhält das Thema Produktstandards. Freihandelsabkommen bieten aber im besten Fall in- und ausländischen Anbietern einfach die gleichen Bedingungen. Produktstandards und Regulierungen – z.B. für die notorischen „Chlorhähnchen“ und den Waffenmarkt – können sich auch bei Freihandel international unterscheiden. Es ist wichtig, dass das Eintreten für konkrete Standards und Regulierungen nicht zu einer Opposition gegen den Freihandel führt. Denn frei(willig)er Handel – egal ob innerhalb eines Landes oder über Ländergrenzen hinweg – ist eine Basis unseres Wohlstandes und ein zentraler Aspekt der Freiheit überhaupt.

Am Montag um 14 Uhr findet dazu eine Informationsveranstaltung im Hörsaal H 24 im Vielberth-Gebäude der Universität Regensburg statt.

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.